

Sundargarh wird aber zunehmend deutlich, dass hier ein ernsthaftes Problem heranwächst.

Schlussfolgerungen

Wir werden durch unsere religiöse Zugehörigkeit, unsere Kastenidentität und Gegebenheiten der ökonomischen Klasse in verschiedene Richtungen gezogen. Sie alle sind miteinander in einer komplexen sozialen Matrix verwoben. Und die Politiker übertreffen sich gegenseitig in der Kunst, diese Faktoren für sich zu interpretieren und persönliche Vorteile im Vorfeld von Wahlen daraus zu ziehen. All dies wird im Szenario im Kondhamal-Bezirk sichtbar.

Waren die brutalen Ereignisse von Weihnachten 2007 wie ein Topf auf der Feuerstelle, in dem es bereits koch-

te, und der letztendlich explodierte, weil das Feuer eigennütziger Interessen unter ihm noch geschürt wurde? Eines ist sicher: Trotz der gegenwärtigen Ruhe sind wir mit den Problemen noch nicht fertig. Wenn jetzt nicht richtig gehandelt wird, wird der Konflikt weiter eskalieren. Aber mit Parteien, die schon jetzt in Wahlkampfstimmung sind, ist es zweifelhaft, ob eine nüchterne Analyse der Situation jenseits der hoch geputzten politisch-religiösen Emotionen überhaupt möglich ist.

*Aus dem Englischen Originaltext übersetzt
von Janine Nöbbe und Eberhard von der
Heyde.*

Endnoten

¹Name des Autors wurde von der Redaktion geändert.

²„Model Gujarat“: Der Autor bezieht sich hier auf die Unruhen nach einem Brand in einem Zugteil mit hinduistischen Pilgern in Godhra im Jahr 2002, in dessen Folge bei planmäßigen Pogromen an Muslimen bis zu 3000 Personen ums Leben gekommen sein sollen.

³„Kommunalismus“ (englisch: *communalism*) wird in Indien als Gegenbegriff zu „Säkularismus“ verwendet. Wenn die Identität der Person stärker mit den Interessen der eigenen religiösen Gemeinschaft oder der Kaste verknüpft ist als mit dem Staat, bezeichnet man dies als „kommunistisch“.

Erklärung von Kalinganagar

Die nachfolgende Erklärung wurde am 2. Januar 2008 während einer Versammlung von sechs- bis achttausend Menschen am Vir Bhumi („Stelle der Helden“) in Kalinganagar (Orissa) verabschiedet, dem Ort des Märtyrergedenkens. Sie wurde am gleichen Tag durch Rabi Jarika vom Visthapan Virodhi Jan Manch der Presse vorgestellt. Sie signalisiert den zunehmenden Widerstand gegen Landenteignungen im Namen der industriellen Entwicklung des Landes durch die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen (*Special Economic Zones*), von denen oft die einfache bäurische Bevölkerung betroffen ist. Zwar wird der betroffenen Bevölkerung in der Regel die Umsiedlungen mit attraktiven Angeboten schmackhaft gemacht, doch die Realität der Umsiedlungsaktionen der letzten Jahrzehnte in Indien sieht eher duster aus. Gerade die besonders Bedürftigen gehen meist leer aus. Die Erklärung dokumentiert, wie sich der Widerstand angesichts der verzweifelten Lage zunehmend radikalisiert. Der Protest richtet sich nicht nur gegen die Enteignung von Land, sondern auch gegen den wirtschaftlichen „Imperialismus“ an sich.

Nicht nur die von der Landenteignung durch die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen (SWZ) in Orissa betroffenen Adivasis, sondern auch Menschen aus verschiedenen lokalen Bewegungen gegen Zwangsumsiedlung in ganz Indien nahmen an dieser Versammlung teil. Sie drückten damit ihre Solidarität mit der „Öffentlichen Plattform gegen

Zwangsumsiedlungen“ von Sukinda aus und schworen, keinerlei Zwangsumsiedlungen von ihrem Land mehr zuzulassen. Das Unternehmenkonglomerat Tata, das als indischer Großinvestor an der Einrichtung der SWZ besonders großes Interesse hat, hatte mit Unterstützung der lokalen Verwaltung eine parallele Gedenkveranstaltung in der Siedlung Gobarghati

organisiert. An der nahmen die Menschen aus der dortigen Umsiedlungsanlage teil, die praktisch keine andere Wahl hatten. Darüber hinaus sollen auch Gefolgsleute des Finanzministers von Orissa dort anwesend gewesen sein, der auch der Abgeordnete dieses Wahlkreises ist.

Vorgelegt vom Bisthapan Birodhi Jan Manch, Sukinda

(„Öffentliche Plattform gegen Zwangsumsiedlungen“ in Sukinda)

Den Menschen bleibt nichts anderes, als sich in einer Massenwiderstandsbewegung zu erheben, um ihr Land und ihre lebenswichtigen Ressourcen zu schützen

Erklärung

angenommen am 2. Januar 2008 bei der gesamtindischen Gedenkfeier an der „Stelle der Helden“ in Kalinganagar, zum Gedächtnis der Märtyrer und aus Protest gegen Zwangsumsiedlungen, Sonderwirtschaftszonen (SWZ) und Landenteignung

Organisiert vom Bisthapan Birodhi Jan Manch, Sukinda („Öffentliche Plattform gegen Zwangsumsiedlungen“ in Sukinda)

Wir haben uns hier an der „Stelle der Helden“ in Kalinganagar am 2. Januar 2008 aus Anlass der gesamtindischen Gedenkfeier versammelt und folgende Erklärung verabschiedet:

1. Gruß an die Märtyrer: Wir entbieten unseren Gruß den 14 Stammesangehörigen aus Kalinganagar, die infolge der Polizei-Schießerei am 2. Januar 2006 ihr Leben gelassen haben, als sie um den Erhalt des Landes und der Lebensmöglichkeiten von Tausenden von Menschen in Kalinganagar kämpften. Wir entbieten unseren Gruß auch all jenen Märtyrern im Kampf gegen Zwangsumsiedlung, SWZ und Landenteignung in Kashipur, Nandigram, Chilka, Gangavaram, Singur und anderswo im Land. Wir drücken unsere Solidarität aus mit denen, die Verletzungen erlitten haben, vergewaltigt und verstümmelt wurden. Wir verurteilen die Regierung und erklären uns solidarisch mit jenen, gegen die ungerechtfertigter Weise Anklage erhoben wurde. Hierbei ist sehr deutlich geworden, dass die Rechtsprechung im Kampf gegen die Zwangsent eignung und Vertreibung auf Seiten der Regierung und der Unternehmen steht und offensichtlich deren imperialistische Strategie in Schutz nimmt. Und dieselbe Einstellung der Rechtsprechung wird dann wieder von der Regierung dazu benutzt, um den Protest der Menschen nieder zu halten.

2. Die Forderungen der Bewegung von Kalinganagar müssen unverzüglich erfüllt werden:

Wir haben gehört, dass der *Bisthapan Birodhi Jan Manch*, Sukinda, die seit dem 2. Januar 2006 vierzehn Monate lang aufrecht erhaltene Blockade des *National Highway 200* im März 2007 beendet hat. Aber die Regierung von Orissa hat noch immer die berechtigten Forderungen aus dem Kampf um Kalinganagar zu erfüllen. Dazu gehören die Einstellung sämtlicher Enteignungen und Vertreibungen, angemessene

Zahlungen an die Familien der Märtyrer von Kalinganagar, Entschädigung und die gebotene medizinische Versorgung für diejenigen, die Verletzungen erlitten haben, Bestrafung der für die Schüsse vom 2. Januar 2006 Verantwortlichen, die Übergabe von jeweils 5 *acre* Ackerland [= ca. 2 Hektar] an die früher Enteigneten, das Recht für die Stammesangehörigen, in den Stammesgebieten selbst Bodenschätze zu gewinnen, Land, Gewässer, Wald und Industrie zu entwickeln, u.a.m. Im Gegensatz zu ihrer Behauptung ist die Regierung in keinen wirklichen Dialog mit den Sprechern der Bewegung von Kalinganagar getreten. Damit erweist sich der Ansatz der Regierung, Probleme auf sogenannte demokratische Weise zu lösen, als leeres Geschwätz. Die Regierung von Orissa hat sich auch blamiert in Bezug auf ihre Ankündigung, aufgrund des Berichts der Untersuchungskommission die Schuldigen zu bestrafen, denn die Regierung ist selbst dafür verantwortlich, dass die Untersuchung ohne Aussicht auf Neuaufnahme des Falles beendet wurde. Wir ermahnen die Regierung, die Forderungen der Bewegung von Kalinganagar jetzt ohne weitere Verzögerung zu erfüllen.

3. Schwur gegen Enteignung und Vertreibung, Sonderwirtschaftszonen (SWZ) und eine Industrialisierung, die keine Rücksicht auf die Menschen nimmt:

Wir verpflichten uns zur Solidarität und Unterstützung mit allen Massenbewegungen im ganzen Land, die sich gegen Enteignung und Vertreibung, SWZ und eine rücksichtslose Industrialisierung wenden, mit allen Landrechtsbewegungen und mit allen Bewegungen gegen imperialistische Strategien. Wir bringen unsere Solidarität und Unterstützung zum Ausdruck für die Massenbewegungen von Kalinganagar, für die Massenbewegungen im Widerstand gegen das Unternehmen *Posco*, in Hirakud, Kashipur, im Widerstand gegen die Unternehmen *Tata*, *Vedanta*, gegen *Mittal*, *Bhushan*, *Sterlite*, *Reliance*, in Lower Sutkel, im Widerstand gegen die Vedanta-Universität, in Nandigram, Singur, Haripur, Raigad, Goa, Dadri, Ludhiana, Barnala, Kakinada, Polavaram, Gangavaram, Chhattisgarh und für alle Massenbewegungen dieser Art. Wir fordern die sofortige Aufhebung des Gesetzes von 2005 über die Einrichtung von SWZ und die Aufhebung alle landesgesetzlichen Maßnahmen in Bezug auf SWZ. Wir fordern auch die rückwirkende Aufhebung des Status als SWZ, der den Industrien bereits gewährt worden ist, einschließlich desjenigen, der an das Unternehmen *Jindal* vergeben wurde. Und wir fordern die Aufhebung des Gesetzes von 1894 über Landerwerb von Land.

4. Die Nöte der Menschen in den Industriegebieten:

Wir haben gehört, dass nur fünf Prozent derjenigen im Bergbaubetrieb Beschäftigung fanden, die in der Region Sukinda enteignet und vertrieben wurden, damit dort verschiedene Unternehmen während der letzten 60 Jahre im Bergbau tätig werden konnten, darunter Tata. Vom

Höchststand bei 40 000 Mitarbeitern in den Jahren um 1976 ist die Zahl der Beschäftigten auf heute etwa 6 000 bis 7 000 gefallen. Und die Mehrzahl dieser Arbeiter in den Bergbaubetrieben leben in entsetzlicher Armut. Tausende von Menschen wurden im Gebiet von Sukinda aufgrund des Bergbaus und der Industrie vertrieben und leiden darunter. Sie sind gezwungen, sich als Gelegenheitsarbeiter für wenig Lohn zu verdienen. Die Menschen in der Bergbau-Region von Sukinda haben sich zusammengeschlossen, um gegen dieses schon lange währende Unrecht zu kämpfen. Seitdem die Bewegung von Kalinganagar ihre Stimme gegen diese Art der Industrialisierung erhoben hat, die keine Rücksicht auf die Menschen nimmt, gibt es immer mehr Protest gegen die starke Umweltbelastung durch die Industrieanlagen, die in Kalinganagar entstanden sind. Die Menschen in den betroffenen Dörfern haben geschworen, dass sie die Ascheablagerung des Stahlwerks von *Jindal* nicht hinnehmen werden. Und in anderen benachbarten Dörfern werden die Menschen demnächst gegen Industrieanlagen protestieren, nachdem die starke Umweltbelastung das Leben unerträglich gemacht und ihre Existenzgrundlagen ruiniert hat. Die jüngsten massiven Proteste der Arbeiter und der örtlichen Bevölkerung gegenüber der Geschäftsführung des Stahlwerks von Bhushan bei Jharsuguda betrafen die Sicherheit am Arbeitsplatz, die Entschädigung der Enteigneten und die illegale Wasserentnahme aus dem Hirakud-Reservoir. Sie haben damit ihrer Forderung nach Entwicklung auch für die Enteigneten und einer umfassenden Entwicklung des gesamten Gebiets Ausdruck gegeben.

5. Die Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NRO): Aus der Erfahrung mit der Bewegung von Kalinganagar haben wir folgendes gelernt: Während der *Bisthapan Birodhi Jan Manch*, Sukinda, die Menschen von Kalinganagar bei den Protesten gegen die Vertreibung anführte, war zu beobachten, dass viele NRO und Organisationen, die vom Ausland Geld erhalten, Menschen in diesem Gebiet mobilisierten und versuchten, sie von unserer Bewegung fern zu halten. Dazu benutzen sie vielerlei Methoden, einschließlich so genannter Mikrokreditprogramme, und sie geben damit den Menschen ein falsches Gefühl von Entwicklung. Wir sind uns bewusst, dass diese Organisationen auf Kompromisse hinarbeiten und Agenten des Imperialismus sind. Sie wirken sehr spalterisch innerhalb der Bewegungen. Das muss offen gelegt werden, und sie selbst müssen isoliert werden.

6. Das Muster von Nandigram – eine neue Strategie der Unterdrückung: Wir haben erlebt, dass im letzten Jahr die Bewegung von Kalinganagar noch stärker geworden ist und dass alle Bemühungen des Unternehmens Tata und der Regierung, das Gebiet in Besitz zu nehmen, vereitelt werden konnten. Gleichwohl haben *Tata* und die Regierung alles Mögliche getan, um die Menschen einzuschüchtern und zu überreden und sich gegen die Protestbe-

wegung zu stellen. Nachdem die Regierung von West-Bengalen die Bauern in Nandigram angegriffen hat, indem ihre Polizeikräfte die Schlägerbanden unterstützte, plant nun auch die Regierung von Orissa, die Bewegung von Kalinganagar nach dem Muster von Nandigram zum Schweigen zu bringen. Die Regierung von Orissa hat am 29. November 2007 nachweislich nach dem Muster von Nandigram Unterdrückungsmaßnahmen gegen diejenigen ergriffen, die gegen die Ansiedlung des Unternehmens *Posco* protestierten: Der Abgeordnete des Landesparlaments aus diesem Wahlkreis, Damodar Rout, schickte bewaffnete Schlägerbanden los – mit offensichtlicher Duldung der Bezirksverwaltung, der Polizeileitung und des Unternehmens *Posco*. Uns ist bekannt, dass auf gleiche Weise der Bezirksabgeordnete von Sukinda, Herr Prafulla Ghadei, der zugleich Finanzminister des Landes ist, mit Zustimmung von *Tata* und der Polizei eine bewaffnete Schlägertruppe aufstellt, um die Gegner des *Tata*-Projekts in Kalinganagar zum Schweigen zu bringen. Wir wissen jedoch, dass die Menschen von Kalinganagar auf alles gefasst sind, und wir warnen die Regierung von Orissa, dass es zu einem landesweiten Aufruhr kommen wird, wenn sie derartige Versuche unternimmt.

7. Solidarität mit der Anti-Posco-Bewegung: Wir verurteilen die Regierung von Orissa und die Zentralregierung wegen der Weiterverfolgung der Pläne für ein Stahlwerks-Projekt des süd-koreanischen Stahlriesen *Posco*, das 12 Millionen Tonnen pro Jahr produzieren soll, und für eine SWZ in den Selbstverwaltungskreisen Dhinkia, Gadakujanga und Nuagaon im Ersama Block des Jagatsinghpur-Distrikts. Wir bringen unsere vollkommene Unterstützung und Solidarität mit dem Protest der Menschen von Ersama gegen das Unternehmen *Posco* zum Ausdruck und halten die Regierung an, das Projekt vollständig zu annullieren. Falls dieses Projekt nicht sofort eingestellt wird, sind wir entschlossen, eine landesweite Mobilisierung gegen die Regierung von Orissa und gegen die Zentralregierung zu beginnen und entsprechende Protestaktionen zu unternehmen.

8. Kämpferischer, massenhafter Widerstand ist die einzige Wahl: Während des letzten Jahres sind die Protestbewegungen gegen Enteignung und Vertreibung und gegen die SWZ in vielen Einzelstaaten des Landes deutlich stärker geworden. In Orissa gewinnt der Protest gegen das Unternehmen *Posco* an Zulauf und gibt so eine unmissverständliche Erwiderung auf das größte Projekt direkter ausländischer Investitionen in Indien. Die Bauern im Gebiet des Hirakud-Staudamms konnten eine starke Bewegung ins Leben rufen gegen die Zuteilung von Wasser aus dem Hirakud-Reservoir für Industrieanlagen, anstatt dass genügend Wasser für Bewässerungszwecke zur Verfügung gestellt würde. Diese Bewegung hat es geschafft, das öffentliche Interesse in Orissa auf die Problematik einer Industrialisierung zu lenken, die keine Rücksicht auf die Menschen nimmt. Die Bewegung von Nandigram in West-Bengalen

hat das ganze Land aufgerüttelt. In Maharashtra ist eine Massenbewegung in Raigadh entstanden [SWZ beim Hafen von Dighi, nördlich von Mumbai]. Die Menschen im Land erkennen nun klar und deutlich, dass alle Parteien in Indien, die irgendwo an der Regierung beteiligt sind, für die Einrichtung von Mega-Industrien und SWZ eintreten. Sie tun dies im Interesse der imperialistischen Mächte. Und nachdem die Menschen einmal von ihrem Land vertrieben sind, sehen sie sich gezwungen, ein Leben in Unsicherheit als billige Arbeitskräfte zu führen. Diejenigen Parteien, die gerade nicht an der Macht sind, spielen uns, wenn sie sich kritisch zu diesen Fragen äußern, nur ein schön eingeübtes Theater vor. In Wirklichkeit dienen sie genauso den Interessen der Imperialismus und des Kapitals. Bemerkenswerterweise ermuntert die Regierung einerseits die Bewegungen, andererseits aber tut sie alles, um die imperialistischen Interessen zu schützen. Es ist deshalb klar, dass der kämpferische Widerstand in Massenbewegungen die einzige Lösung für die Menschen darstellt, um ihr Land und ihre Existenzgrundlagen zu schützen. Beim Aufbau solcher Massenbewegungen müssen sie gleichwohl auf der Hut sein gegenüber den Strategien der Herrschenden, die die Einigkeit der Menschen mit Anspielung auf die religiöse oder andere Zugehörigkeit durchbrechen, so wie es vor kurzem im Kandhamal-Distrikt in Orissa versucht wurde.

9. Eine gemeinsame Bewegung in ganz Indien: Heute haben die Massenbewegungen gegen Enteignung und Vertreibung, gegen SWZ und gegen eine Industrialisierung, die keine Rücksicht auf die Menschen nimmt, im ganzen Land an Stärke gewonnen. Am 26. und 27. Juni 2007 wurde aufgrund der gemeinsamen Initiative der Bewegungen von Kalinganagar, aus dem Kampf gegen das Unternehmen *Posco*, von Kashipur, Raigadh und Dadri eine gesamt-indische Versammlung in Bhubaneswar abgehalten und eine Erklärung verabschiedet, die wegweisend ist für die vereinte gesamt-indische Bewegung gegen Enteignung und Vertreibung und gegen SWZ. Die Kalinganagar-Bewegung hat sich verpflichtet, die ihr angemessene Rolle in diesem gemeinsamen Kampf einzunehmen. Wir alle sind gegen Enteignung und Vertreibung, gegen SWZ und gegen eine Industrialisierung, die keine Rücksicht auf die Menschen nimmt, und wir glauben an die Parole, die hier in Kalinganagar am 2. Januar 2007 vereinbart wurde: „Schützt die Landwirtschaft. Schützt die Existenzgrundlagen. Gebt kein Acker- und Waldland für die Industrie her. Und: Gebt kein Land für die multi-nationalen Konzerne und die SWZ her.“ Wir schwören, dass wir uns verbünden und eine wirkungsvolle, gesamt-indische Bewegung gegen Enteignung und Vertreibung, gegen SWZ und gegen eine Industrialisierung, die keine Rücksicht auf die Menschen nimmt, zustande bringen werden. Entsprechend dem Aufruf von Bhubaneswar werden wir also alle notwendigen Schritte unternehmen, um die Massenbewegungen und die politischen Kräfte zusammen zu führen, die ernsthaft ge-

Zur aktuellen Lage in Kalinganagar

Die Menschen im Gebiet von Kalinganagar klagen über wiederholte Provokationen durch zum Teil namentlich bekannte Tata-Mitarbeiter und deren Gefolgsleute. Am 13. März wurde ein Aktivist angegriffen, kam aber mit dem Leben davon. Am 1. Mai 2008 wurde bei einem weiteren Zwischenfall ein Aktivist getötet, ein anderer schwer verletzt. Ende Juni 2008 tauchte plötzlich eine große Zahl von Ortsfremden auf, die in Quartieren des Unternehmens untergebracht wurden und nach den Erkenntnissen der Aktivisten keine Bauarbeiter sind. Einige wurden wiedererkannt, die bereits zum Zeitpunkt des Massakers am 2. Januar 2006 in Kalinganagar auf dem Gelände waren. Die Menschen im Widerstand befürchten, dass es zu einer Eskalation und weiteren Gewalttaten kommen wird. Sie sind dennoch entschlossen, nicht aufzugeben.

gen Enteignung und Vertreibung, gegen SWZ und gegen eine Industrialisierung sind, die keine Rücksicht auf die Menschen nimmt, ebenso alle Landrechtsbewegungen und alle Bewegungen gegen die imperialistischen Strategien. Und wir werden in kürzestmöglicher Zeit einen Plan für landesweite gemeinsame Aktionen aufstellen.

10. Aufruf an die Menschen: Wir rufen die Menschen in Indien, alle Massenbewegungen und die wirklich am Wohl der Menschen interessierten politischen Kräfte auf, die Pläne der Landesregierungen und der Zentralregierung zu vereiteln, wodurch die Massenbewegungen gegen Enteignung und Vertreibung, gegen SWZ und gegen eine Industrialisierung, die keine Rücksicht auf die Menschen nimmt, zum Schweigen gebracht werden sollen. Wir rufen die Menschen in Indien auf, sich zu erheben und kämpferischen, massenhaften Widerstand zu leisten wo immer ihr Land und ihre Existenzgrundlagen weggenommen werden sollen in Namen einer Industrialisierung, die keine Rücksicht auf die Menschen nimmt, für SWZ oder für ein beliebiges anderes Projekt, das nicht im Interesse der Menschen ist.

vgl. www.freewebs.com/epgorissa

Aus dem Englischen übersetzt von Johannes Laping.